Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 8 000 000. Durch die Post in Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 8 000 000 mit Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nachforderung vorbehalten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Stellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Postscheckkonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum f. Bez. Grundzahl 45 ℳ, außerh. 50 ℳ einschl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 100 000 ℳ Mehr.-Zeile 120 ℳ Schlüsselzahl z. Zt. 30 000.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 6 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 227. | Neuenbürg, Freitag, den 28. September 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 27. Sept. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei hat sich gegen die Schaffung einer Bodenwährungsbank und für die Errichtung einer privaten Goldnotenbank ausgesprochen. — Das preußische Staatsministerium befaßte sich in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag abend in eingehenden Beratungen mit der politischen und wirtschaftlichen Situation. Im Rahmen der politischen Debatte gab der Minister des Innern, Severing, die Erklärung ab, daß er die Frage, ob die Ruhe und Ordnung in Preußen gegen Unruhestifter und Unruhestiftungen von rechts und links hinreichend gesichert sei, zuversichtlich bejahen könne. — Der Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei Berlin, Stadtverordneter Lüdke, ist mit noch anderen Deutschnationalen aus der Partei ausgetreten und zu den Deutsch-Völkischen übergegangen. — Der bekannte Wormser Großindustrielle Frhr. Cornelius v. Heyl zu Herrnsheim, früherer langjähriger Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei und stellvertretender Präsident der ersten hessischen Ständekammer, ist im Alter von 80 Jahren auf seiner Besitzung Pfauenmoos in der Schweiz gestorben. — Da die Arbeiterschaft der Howaldtwerke in Kiel wegen der Entlassung eines Arbeiters die Arbeit niedergelegt hat, haben die Werke 2700 Mann, die fast die ganze Belegschaft bilden, ausgesperrt.

Zur Diktatur Kahrs in Bayern

wird noch gemeldet: Anfänglich hatte man die Absicht, die Ernennung Dr. v. Kahrs zum Generalstaatskommissar erst am Donnerstag morgen anschlagen zu lassen. Man hat sich aber plötzlich eines anderen besonnen und noch in später Nachtstunde die Beschlüsse des Ministerrats der Oeffentlichkeit übergeben. Die Beschlüsse gehen nach drei Richtungen: 1. Ein Aufruf an das bayerische Volk; 2. eine Verordnung über die Verhängung außerordentlicher Maßnahmen und 3. eine Kundgebung des Generalstaatskommissars Dr. v. Kahr. Diese Kundgebung lautet: „In ernster Stunde übernehme ich, meiner vaterländischen Pflicht folgend, das Amt des Generalstaatskommissars für Bayern. Meine Amtshandlungen werden getragen sein von heißer Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande. Ich will mich dabei stützen auf alle Kreise, die deutschen Stammes sind und unserem Vaterland gleich mir ehrlich dienen wollen. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und jeden Widerstand gegen meine Anordnungen werde ich meine Machtmittel rücksichtslos einsetzen.“ Diese Kundgebung des Generalstaatskommissars ist klar und deutlich. Man wird nun abzuwarten haben, ob die vaterländischen und die Kampfverbände, deren maßgebende Persönlichkeit ja Herr Dr. v. Kahr ist, nun auch den Anfangen und Anordnungen des Herrn v. Kahr Folge leisten werden.

In dem Aufruf des bayerischen Gesamtstaatsministeriums heißt es, daß sie den Entschlüssen der Reichsregierung zugestimmt habe, unter besonderer Betonung ihres Standpunktes, daß die auch von England anerkannte Rechts- und Vertragswidrigkeit des Ruhreinbruchs bestehen bleibe und daß diese Tatsache von der Reichsregierung entschieden herausgestellt und zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens gemacht werden müsse. Der von den Einbruchsmächten gebrochene Vertrag dürfe auch für uns nicht mehr als verbindlich angesehen werden. Sie erachte die Erschütterung durch diese Entwickelung als so stark, daß sie zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könne. Weiter sagt der Regierungsaufruf, daß die Staatsregierung die Zügel fest und straff in ihrer Hand behalten muß. Sie muß solche schädigende Störungen der öffentlichen Ordnung verhüten, sie kann und darf Unverantwortlichen keinen Einfluß auf den Gang der weiteren Ereignisse einräumen, sie allein ist verantwortlich.“ Man muß ferner abwarten, ob der Generalstaatskommissar die für heute angesetzten vierzehn Massenversammlungen der Nationalsozialisten zulassen wird oder nicht. Die vaterländischen Verbände fordern noch einmal in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten den Rücktritt des Ministers des Innern und den Rücktritt des bayerischen Landwirtschaftsministers. Die Ernennung Dr. v. Kahrs zum Generalstaatskommissar muß immerhin als eine gewisse Entspannung bezeichnet werden. Daß natürlich die Sozialisten diese Ernennung als eine „Provokation“ in ihrer Presse bezeichnen werden, ist mit Sicherheit zu erwarten. Aber es handelt sich hier darum, daß von keiner Seite irgendwelche Unbesonnenheiten begangen werden. Das Pulverfaß ist bis zum Rande voll und der kleinste Funke könnte eine Explosion geben, deren Auswirkungen von unabsehbarer Tragweite sein müßten.

In einem Aufruf des Präsidenten des bayerischen Industriellen-Verbandes heißt es, daß die Ereignisse an der Ruhr das Unglück des deutschen Volkes gesteigert haben. In solcher Stunde betrachten die bayerischen Industriellen es als ihre vornehmste Aufgabe, die Treue zum Reich zu betonen. Was Not tut, sei die Opferwilligkeit aller Schichten des deutschen Volkes. Die Opferwilligkeit der Industrie gegenüber den Staatsnotwendigkeiten werde nicht erlahmen. Aber alle Opfer seien vergeblich gebracht, wenn nicht die Grundursachen des Wirtschaftselends erkannt und beseitigt würden, namentlich der diktatorische Achtstundentag, Mangel an Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung und in privaten Kreisen, der zu große Verwaltungsapparat, die Ueberzahl von Gesetzen und die überspannte Sozial-Gesetzgebung.

Verurteilung im Zusammenhang mit dem Scheidemann-Attentat.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich der 23jährige Student Gerhard Hahn aus Görlitz wegen Begünstigung zu verantworten. Der Angeklagte hat den Landwirt Oelschläger, der in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Hubert ein Attentat auf den Oberbürgermeister Scheidemann begangen hat, nach der Tat in seiner Wohnung in Breslau für einige Tage Unterkunft gewährt und ihm durch Vermittlung eines Freundes Arbeitsgelegenheit in den oberschlesischen Waldungen des Fürsten Hohenlohe verschafft. Ferner hat er Oelschläger seine Koffer nach Althammer nachgebracht. Der Angeklagte hatte nach seinem eigenen Geständnis volle Kenntnis von dem Verbrechen Oelschlägers. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Die Berliner Verhafteten wieder freigelassen.

Die von der Polizei festgenommenen rechtsradikalen Selbstschutzbündler hatten sich, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, als Führer des Berliner Bezirksschutzes zu einer Besprechung in Charlottenburg zusammengefunden, angeblich um zu beraten, wie man am besten bei etwaigen Unruhen das Eigentum der Bevölkerung gegen verbrecherische Einbrüche schützen könne. In der Besprechung legte der frühere Geschäftsführer des aufgelösten Berliner Selbstschutzes, Direktor Koch, die Schlußabrechnung über diese Vereinigung vor. Ehe es zur Erledigung kam, erfolgte die Verhaftung der neunzehn Teilnehmer. Die Festgenommenen haben dem Reichskanzler eine Beschwerde überreichen lassen mit der Begründung, daß sie sich keiner Verschwörung schuldig fühlten, und daß der Bezirksschutz ministeriell genehmigt sei. Mittwoch vormittag wurden in den Wohnungen einer Reihe von Mitgliedern Haussuchungen vorgenommen. Die Sistierten sind sämtlich wieder freigelassen worden.

Ausland.

Frankreich erwartet offizielle deutsche Vorschläge.

Wie der Pariser Mitarbeiter der Telegraphen-Union erfährt, erwartet die französische Regierung von dem Kabinett Stresemann nach Zurückziehung aller Verordnungen, die den passiven Widerstand betreffen, offizielle Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage. Die Pariser regierungsfreundliche Presse begrüßt die Einstellung des passiven Widerstandes mit großem Jubel und feiert Poincare als den „Sieger im Ruhekampf“. Die „Humanite“ dagegen fragt ironisch, wann die Ruhrsoldaten unter dem Triumphbogen durchziehen werden. Was die Bedeutung der Ereignisse anbelangt, so erkennt man an, daß man wieder da angelangt sei, wo man zur Zeit der Ruhrbesetzung im Januar stand. Das „Journal“ schreibt, diesmal müßten vom Besiegten für die Erfüllung der ihm aufzuerlegenden Bedingungen Garantien verlangt werden. Es genüge nicht, sich auf guten Glauben mit Deutschland einzulassen, nur weil Deutschland das republikanische System an Stelle der Hohenzollernherrschaft gesetzt habe. (!!) Die Ausführung des „Temps“ wonach die Einstellung des passiven Widerstandes erst am Ertrag des Ruhrpfandes gesehen werden könne, wird von keiner nationalistischen Zeitung aufgegriffen, wohl aber von den linksstehenden Blättern, so insbesondere vom „Quotidien“ und der „Humanite“, die darin nur einen Vorwand erblicken, um die Ruhrbesetzung auszudehnen und um dem französischen Kapitalismus Anlaß zu geben, seine Herrschaft an der Ruhr zu befestigen.

Pariser Diktat.

Der Pariser diplomatische Berichterstatter der Daily Mail erklärt, daß Frankreich bereit sei, unter folgenden Bedingungen mit Deutschland einen „Waffenstillstand“ abzuschließen: 1. Von der deutschen Regierung wird im Ruhr- und Rheinland die Ordnung und der Friede wieder hergestellt; sämtliche Verordnungen des passiven Widerstands werden zurückgezogen. 2. Die Stadt- und Polizeiverwaltungen sowie die deutschen Magistratsbehörden nehmen ihre Arbeit unter der Kontrolle der Franzosen wieder auf. 3. Die deutschen Eisenbahnbeamten stellen sich, soweit es von den Alliierten verlangt wird, der alliierten Eisenbahnregie zur Verfügung. 4. Der Ertrag einer gewissen Anzahl Bergwerke wird ausschließlich Entschädigungen zugeführt. 5. Die deutschen Bergwerke, die Kohlen nach dem Ausland liefern, entrichten eine Kohlensteuer von 40 Prozent an die Okkupationsbehörde zu Gunsten der Entschädigungskommission. 6. Für das Ausland bestimmte Stahlwaren und andere Exportgegenstände unterliegen einer Abgabesteuer von 26 Prozent an das Ausfuhramt in Bad Ems. 7. Frankreich verspricht, seinen Druck im Ruhrgebiet nach Ausführung dieser Maßnahmen und nach weiteren Beweisen der Aufrichtigkeit der deutschen Erfüllungspolitik zu „mindern“. 8. Eventuell wird die Ueberwachung der Eisenbahnregie einer Kommission übertragen, in der sowohl die Verbündeten wie auch die Deutschen vertreten sein werden. 9. Die Verwaltung der deutschen Bergwerke wird einer interalliierten Kommission übertragen, in der auch die deutschen Arbeitervertreter ihren Platz haben sollen. Der diplomatische Mitarbeiter des englischen Blattes glaubt ferner zu wissen, daß die Klauseln des vorstehenden Vertrag (lies Diktat) nur für eine beschränkte Zeit Geltung erlangen können und ihre Gültigkeit verlieren, wenn Frankreich, Belgien, England und Italien am Verhandlungstisch über die endgültige Gestaltung der Entschädigungsfragen zu greifbaren endgültigen Lösungen gelangt seien.

Keine restlose Amnestie für Gefangene und Ausgewiesene.

Aus Paris wird gemeldet: Der Brüsseler Berichterstatter des „Petit Parisien“ will festgestellt haben, daß die Erklärungen des Reichskanzlers in den maßgebenden belgischen Kreisen einen günstigen Eindruck gemacht haben. Aufmerksam verfolge man in Brüssel die Schwierigkeiten, mit denen Stresemann zu kämpfen habe, aber man glaube, daß er sie überwinden werde und die Ordnung sicherstellen könne. Dem Verlangen nach der Rückkehr der Ausgewiesenen und der Freilassung der Gefangenen sei man jedoch nicht geneigt, ohne weiteres zuzustimmen. Man sei der Ansicht, daß eine Anzahl im Rheinland begangener Verbrechen und Delikte nicht amnestiert werden könnte.

Entscheidung der Botschafter im Korfu-Streitfall.

Die Botschafterkonferenz veröffentlicht den Wortlaut des Beschlusses, den sie in ihrer gestrigen Vormittagssitzung über den italienisch-griechischen Zwischenfall in Albanien gefaßt hat. Hiernach wird den griechischen Behörden einige Nachlässigkeit bei der Durchführung der Untersuchung und der Ausfindigmachung der Schuldigen vorgeworfen, wie der Bericht der eingesetzten Untersuchungskommission feststellt. Die von der Botschafterkonferenz am 8. September gestellten Bedingungen seien also nicht restlos erfüllt worden, weshalb die griechische Regierung der italienischen Regierung die Summe von 50 Millionen Lire zu zahlen habe. Die Botschafterkonferenz und die italienische Regierung verzichten darauf, den Streitfall vor den internationalen Gerichtshof in Haag zu bringen und betrachten den Zwischenfall als erledigt. Italien räumt am 27. September Korfu. Hinsichtlich der Frage der Besatzungskosten kann der Internationale Gerichtshof in Haag angerufen werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Sept. Die Auszahlung der Heeresrentner findet am 29. September in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags statt. Da in dem Zahlungsverfahren erhebliche Aenderungen gegen bisher eingetreten sind, ist es unbedingt erforderlich, daß die Empfänger selbst, oder deren Beauftragte, aber nur Erwachsene, sich zur Abhebung der diesmal ziemlich hohen Beträge einfinden. Eine Auszahlung an Kinder findet nicht statt.

Neuenbürg, 28. Sept. (Die neuen Postgebühren.) Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Oktober an im Post- und Postscheckverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende, alles in Tausenden ausgedrückt: Für Postkarten im Ortsverkehr 400, im Fernverkehr 800, für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 800, im Fernverkehr bis 20 Gramm 2000, für Blindenschriftsendungen bis zum Meistgewicht von 5 Kilogramm 1000 Mark, für Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gr. 2000, für Warenproben bis 100 Gramm 1200, für Päckchen bis 1 Kilogramm 4000, für Pakete 1. Zone (bis 75 Kilometer) bis 3 Kilogramm 4500, über 3 bis 5 Kilogramm 7000, 2. Zone (über 75—375 Kilometer) bis 3 Kilogramm 9000, über 3 bis 5 Kilogramm 14 000, 3. Zone (über 375 Kilometer) bis 3 Kilogramm 9000, über 3 bis 5 Kilogramm 14 000 usw., für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber nicht erhoben) und die Versicherungsgebühr, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: für 1 Million Mark der Wertangabe oder einen Teil von 1 Million 20 000 Mark, bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 500 Millionen Mark) 10 000 Mark; für Postanweisungen bis 50 Millionen 40 000 Mark.

Behörden, Volk und Presse.

Das Verhältnis zwischen Behörden — staatlichen und städtischen — und Presse war schon früher nicht immer befriedigend. Heute kann man leider noch mehr und noch öfter als früher die Wahrnehmung machen, daß amtliche Stellen nur ein geringes Verständnis für die Arbeit der Presse haben. An rühmlichen Ausnahmen fehlt es glücklicherweise nicht. Zu diesen gehört die Kreisregierung der Pfalz, die dieser Tage an die Vorstände der Verwaltungsbehörden ein Rundschreiben erlassen hat, das allseitige Beachtung verdient. In diesem Rundschreiben heißt es u. a.: „Alle Verheerungen an Sach- und Stoffwerten zählen im Leben einer Nation wenig, solange ein Volk die von den Vätern überkommenen Kulturgüter zu wahren und zu mehren weiß. Hierzu gehört vorab der geistige Besitz, der seine vornehmste Ausprägung nicht in letzter Linie in dem deutschen Schrifttum und der deutschen Presse findet. Diesen geistigen Besitz vor der Vernichtung aus dem wirtschaftlichen Trümmerfelde in die Zukunft hinüberzuretten, ist die Aufgabe der Stunde. Die Stillegung der öffentlichen Meinung würde uns der Stützen berauben, die des Volkes geistige und politische Führer für die innere Erneuerung des Reiches aufgerichtet; sie würde — was ungleich bedenklicher — den Nährboden schaffen, auf dem all die von der deutschen Not umschlossenen Gefahrquellen zu Krisen sich ausreifen können. Es gilt die Ueberzeugung zum Gemeingut zu machen, daß ein Einsparen an dem geistigen Kapitale eines Volkes ein Zehren an der nationalen Substanz bedeutet. Von der Einsicht jener Schichten der Bevölkerung, deren Wirtschaftsführung noch heute auf Geldwerten aufgebaut ist, darf erwartet werden, daß sie sich ihren Verpflichtungen gegenüber der — trotz aller Fürsorge von Reich und Ländern schwer um ihr Dasein kämpfenden — Presse nicht entziehen. Die Erkenntnis, daß ein Volk, das seine Presse absterben läßt, sich selbst aufgibt, muß in die Gewissen gerufen werden. Mit solcher Aufklärung soll Hand in Hand gehen das von den Behörden selbst gegebene gute Beispiel. Bei aller Notwendigkeit bei größtmöglicher Sparsamkeit in der Staatsverwaltung bedacht zu sein, kann jetzt nicht der Zeitpunkt für gekommen erachtet werden, den behördlichen Zeitungsbedarf einzuschränken und mit der Abbestellung von Blättern vorzugehen. Auch geht es nicht an, daß amtliche Stellen nach früherer Gepflogenheit Veröffentlichungen, die in den Anzeigenteil gehören, den Zeitungen mit der Bitte um kostenlose Aufnahme im redaktionellen Teile übersenden. Bekanntmachungen im Anzeigenteil sollen nicht über Gebühr eingeschränkt werden. Vielmehr ist es angezeigt, daß gerade die Behörden das örtliche Zeitungsgewerbe bei der Vergebung von Druckaufträgen in weitgehendstem Maße berücksichtigen. Es ist geboten, daß die Behörden den geistigen Arbeitsgang der Presse stets mit Rat und Tat unterstützen und nicht — wie vielfach noch der Fall — den Weg zur Presse erst dann finden, wenn man glaubt, ihrer Dienste zu bedürfen. Das Verhältnis zwischen Behörden und Presse muß auf gegenseitigem Gebe- und Nehmedienst begründet sein.“

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Es liegt nahe, an die Nutzanwendung dieser sehr berechtigten Ausführungen auf unsere württembergischen Verhältnisse zu denken. Wenn an allen maßgebenden Stellen und in den breiten Schichten der Oeffentlichkeit diese Erkenntnis durchgedrungen wäre, wie sie der pfälzische Regierungspräsident ausspricht, wäre es besser um die Oeffentlichkeit und auch besser um die Presse bestellt. Das Verhältnis der Behörden zur Presse und ihr Verständnis für sie kann auch bei uns positiv und negativ noch wesentlich gebessert werden. Die württ. Presse würde sich freuen, auch einmal aus dem Heimatland über einen solchen Erlaß berichten zu können!

Warum ist die Zeitung heute unentbehrlich?

Die gegenwärtigen Zeitereignisse, welche unser Vaterland mehr denn je berühren, machen für jeden, gleichviel welcher Partei oder welchem Berufsstand er angehört, das Halten einer Tageszeitung zur gebieterischen Notwendigkeit.

Post und Eisenbahn verändern ihre Tarife in kurzen Zeitabständen. Wer keine rechtzeitige Kenntnis davon hat, erleidet bedeutenden Schaden, sei es, daß er bei Antritt einer Reise doppelte und dreifache Fahrpreise bezahlen muß, die ihm bei rechtzeitiger Kenntnis erspart geblieben wären, sei es, daß er bei Frankaturen unangenehme Ueberraschungen erfährt.

Unkenntnis über die Kurse, vor allem über den Dollar, nach dem wir uns nun einmal richten müssen, kann Millionen- und Milliardenverluste für jeden Einzelnen bringen.

Unsere Wirtschaftslage ist heute derart, daß wer nicht orientiert ist über die Preise der notwendigen Lebensmittel und sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, die richtige Zeit zum Einkauf verpaßt und dadurch unnötig große Ausgaben machen muß.

Der Landwirt, von jeher zum Sparen neigt, schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn er in dem ihm angeborenen Sparsamkeitssinn an der Zeitung spart, und diese abbestellt. Er hat dann, wie der Verbraucher, keine Kenntnis von den **Vieh- und Fleischpreisen, den Preisen von Getreide, Mehl, Gemüse usw.** Er wird infolge dieser Unkenntnis nicht nur Millionen, sondern Milliarden verpulvern, während er glaubt, durch Abbestellen der Zeitung sparen zu können.

Unkenntnis des Gesetzes schützt bekanntlich nicht vor Strafe. Das gilt einmal von den amtlichen Bekanntmachungen der Bezirks- und Gemeindebehörden, welche stets im Bezirksamtsblatt erscheinen, und nicht zuletzt von den Bekanntmachungen des Finanzamts. Schon mancher wird durch Zuschläge wegen verspäteter Steuerzahlung gefunden haben, daß er sich den größten Schaden selbst zufügt, wenn er das Bezirks- und Heimatblatt abbestellt.

Außerdem bietet die Tageszeitung so viel des Unterhaltenden und Belehrenden auf allen Gebieten, daß es auch aus diesem Grunde geboten erscheint, auf die Zeitung nicht zu verzichten. Ist sie doch die Vertreterin und Verkünderin allgemeiner öffentlicher Interessen und Tagesfragen. Wie ein Blinder muß sich jener fühlen, der heute ohne Zeitung dahinlebt, und es wird mehr denn einmal der Fall eintreten, wo er zu seinem Schaden gewahr wird, daß das Abbestellen der Tageszeitung, des Bezirks- und Heimatblattes, Sparsamkeit am unrechten Platze ist.

Wir bitten deshalb dringend unsere Leser und solche, welche glaubten, aus übel angebrachten Sparsamkeitsrücksichten die Zeitung aufgeben zu müssen, um umgehende Neu- bzw. Wiederbestellung bei den bekannten Agenturen und dem Austragerpersonal oder bei der Geschäftsstelle. Außerdem sind sämtliche Postanstalten, Postagenturen, Posthilfstellen und die Postboten verpflichtet, jederzeit Bestellungen sowohl vor Monatsbeginn wie im Laufe eines Monats anzunehmen.

Verlag des Bezirksamtsblatt „Der Enztäler".

Württemberg.

Calw, 27. Sept. (Obstverkauf.) Beim städt. Obstverkauf waren viele Liebhaber zugegen. Es wurde denn auch stark gesteigert. Der Zentner stellt sich durchschnittlich auf 100 Millionen Mark.

Stuttgart, 27. Sept. (Erfolgreiche Razzien auf Devisenschieber.) Das Polizeipräsidium Stuttgart, Abt. Wucheramt, hat in den letzten Tagen 25 Personen wegen unerlaubten Devisenhandels zur Anzeige gebracht und insgesamt 267 Dollar, 1000 ungarische Kronen, 100 000 österreichische Kronen, 200 tschechische Kronen, 206 Schweizer Franken, 215 franz. Francs, 4½ englische Pfund, 83½ holländische Gulden, 10 Lire, 175 Pesetas, sowie über 2 Milliarden deutsche Papiermark beschlagnahmt. Ein Teil dieser Devisen wurde in Heilbronn unter Beiziehung von Beamten der dortigen Polizeidirektion beschlagnahmt; dabei handelte es sich jedoch nicht, wie irrtümlicherweise verbreitet wurde, um einen Auftrag des Reichskommissars für Devisenerfassung.

Stuttgart, 27. Sept. (Wenig, aber von Herzen.) Die Metzgerinnung hat die Fleischpreise mit Wirkung vom Freitag ab ermäßigt wie folgt: Ochsen- und Rindfleisch 1. 36 Mill. (— 3 Mill.), Rindfleisch 2. 32 (— 3), Kuhfleisch 1. 30 (— 2), 2. 24—25 (— 1), Kalbfleisch 42 (— 2), Schweinefleisch 54 (— 6), Hammelfleisch 40 (unv.), Schaffleisch 28—32 (— 4) Millionen Mark.

Stuttgart, 27. Sept. (Presse-Prozeß.) Die 2. Strafkammer verhandelte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schwäb. Tagwacht", Dr. Schumacher, wegen Beleidigung des Landtagsabg. Wider, über den das Blatt wiederholt scharfe Veröffentlichungen brachte. Der Staatsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf 10 Millionen Geldstrafe und Veröffentlichung in der „Tagwacht" und in der „Süddeutschen Zeitung".

Stuttgart, 27. Sept. (Die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen) sind in Stuttgart am 16. Okt., Heilbronn 12. Nov., Tübingen 17. Okt., Rottweil 22. Okt., Ellwangen 12. Nov., Hall 22. Okt., Ulm 22. Okt. und Ravensburg 26. Nov. zu eröffnen. Zu Vorsitzenden sind ernannt bei dem Schwurgericht in Stuttgart: Landgerichtsdirektor Jäger, Heilbronn: Landgerichtsdirektor Bälz, Tübingen: Landgerichtsdir. Nürck, Rottweil: Landgerichtsdir. Rau, Ellwangen Landgerichtsdir. Walter, Hall: Landgerichtsdir. Jopp, Ulm: Landgerichtsdir. Egelhaff, Ravensburg: Landgerichtsdirektor Wörner.

Stuttgart, 26. Septbr. (Der teure Most.) Vor der Wucherstrafkammer hatte sich der 57jährige Kaufmann Karl Zimmermann aus Karlsruhe zu verantworten, der für einen „spanischen Wein"-Großhändler in Karlsruhe als Aufkäufer tätig war; der „Spanier" war wiederum von einer Berliner „Likör"-Fabrik vorgeschoben. Besagter Zimmermann, der inzwischen Verschiebe-Pleite gemacht hat und flüchtig gegangen ist, kaufte vor zwei Monaten in Winnenden 26 000 Liter Most und ein Faß mit 52 Hektoliter zum Ueberhauptspreis von 40 Millionen Mark und bot selbst im Großkauf Preise, die um 67 bis 90 Prozent über die Kleinhandelspreise hinausgingen; im Ausschank kostete damals das Liter Most 6000 Mark. Das Gericht sprach Zimmermann frei, dagegen wurden fünf Einwohner von Winnenden zu Geldstrafen von je 10 Millionen Mark verurteilt, weil sie den ihnen freiwillig angebotenen zu hohen Preis angenommen haben. (!) Der heutige Mostpreis geht auch um ein Vielfaches über jenen Preis hinaus. Wie schnell sich übrigens die Geldentwertung auch beim Mosthandel geltend machte, stellte die Gerichtsverhandlung klar. Nach den Feststellungen des Gerichts betrugen die Selbstkosten für den Eimer Most im vorigen Jahr etwa 3000 Mark. Im Juli 1923 wurden dafür 3 Mill. Mk. gelöst. Von den verkauften 26 000 Ltrn. wurden 13 420 Liter beschlagnahmt und in öffentlicher gerichtlicher Versteigerung wurden dafür 3¼ Milliarden Mark gelöst. Streng genommen müßte es auch als Wucher anzusehen sein, wenn ein solches Steigerungsgebot angenommen wird. Der Literpreis hat daher seit Herbst 1922 folgende Wandlungen durchgemacht: Herstellungskosten 10 Mark, Verkaufspreis Juli 1923 10 bis 11 000 Mark, Versteigerungserlös wenige Wochen später 250 000 Mark, heutiger Preis das Vielfache davon.

Nürtingen, 27. Sept. (Ueberfahren. — Bettlerfrechheit.) Der 70 Jahre alte verheiratete Bauer Adam Melchinger ist bei dem Uebergang über das Bahngleis beim Güterbahnhof unter einen Rangierzug gekommen und getötet worden. — Der auf der Wanderschaft befindliche verwitwete Gipser Josef Maier aus Neuhausen OA. Eßlingen wurde in der Anlage vor der Neckarbrücke durch die Polizei betroffen, wie er die zuvor zusammengebettelten Fünf-, Fünfzig- und Hundertmarkscheine teils in zerrissenen und teils in ganzem Zustande wegwarf. Er wurde wegen Bettels festgenommen. Er hatte über 7 Millionen Mark im Besitz.

Eberhardzell OA. Waldsee, 27. Sept. (Das Findelkind. — Neubau.) Die Mutter des Findelkindes, das vor die Türe des Käsers Sproll in Hedelberg niedergelegt wurde, hat sich gemeldet. Sie ist verheiratet und von auswärts. — Die auf der Heinrichsburg abgebrannte große Fürstlich Wolseggsche Scheuer ist durch Zimmermeister Kohler in Eberhardzell mit 25 Gehilfen ohne Unfall wieder aufgerichtet worden. Der Wert des dazu nötigen Holzes geht in die Milliarden.

Kleineichholzheim OA. Mergentheim, 27. Sept. (Arzt und Schäfer.) Die Verpachtung der Winterschafweide erbrachte der Gemeinde 5 Milliarden Mark. Pächter ist der praktische Arzt Dr. Batolomä-Oberschefflenz.

Eine Duellforderung auf dem Rathaus.

Ulm, 27. Sept. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde bekannt, daß dem Oberbürgermeister Dr. Schwammberger eine Säbelforderung durch den Gemeinderat Dr. Kirchgeorg im Auftrage des Syndikus Dr. Schmid überbracht worden ist, die der Oberbürgermeister aber ablehnte. Die Sache entstand dadurch, daß in einer Verhandlung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Spediteur Nörpel auch der Syndikus, Rechtsanwalt Dr. Schmid, im Rathaus erschien und im Laufe des Gespräches Einwendungen erhob, die den Oberbürgermeister zu der Bemerkung veranlaßten, er könne sich auf juristische Spitzfindigkeiten nicht einlassen, ferner zu einer Aeußerung an Nörpel, daß er besser allein gekommen wäre. Daraufhin erhielt er noch am selben Tage von Dr. Kirchgeorg im Namen von dessen Bundesbruder Schmid die Säbelforderung. Dr. Schwammberger erzählte weiter, daß er bei dieser Gelegenheit zu Kirchgeorg gesagt habe, es sei eine Bubenart, in heutiger Zeit solche Geschichten zu machen, die man schließlich hinnehmen könne, solange man Student sei. Darauf habe er, als seine eigene Verbindung sich einmischte, sich bei dieser abgemeldet, sein studentisches Band zurückgegeben, den Fall der Kreisregierung angezeigt, an das Justizministerium einen Bericht gemacht und schließlich die ganze Angelegenheit in die Hände der Staatsanwaltschaft gelegt. Gemeinderat Dr. Kirchgeorg rechtfertigte sein Verhalten damit, daß er einfach den Auftrag eines Bundesbruders auszuführen hatte. Es sei gar nicht zu erwarten gewesen, daß der Herr Oberbürgermeister sich nachher so benehme. Wenn der Oberbürgermeister jetzt von studentischer Bubenart spreche, so seien das nur neue Beleidigungen, ähnlich wie der Oberbürgermeister auch bei der Unterredung mit Nörpel die Haltung vollständig verloren gehabt habe. Daß Dr. Schwammberger nicht auf Säbel antrete, beweise, daß der Mut bei ihm nicht weit her sei. Das habe der Oberbürgermeister schon einmal bewiesen, als er bei Unruhen in der Stadt zwei Tage davonlief und dem alten Gemeinderat Scheffold die Geschäfte überließ.

Baden.

Karlsruhe, 25. Sept. Der Kabinettmeister Friedrich Walz aus Illingen, der über 20 Jahre bei der Firma Lutz u. Weiß in Pforzheim beschäftigt ist und eine Vertrauensstellung einnahm, stahl von dem durch ihn zur Verteilung gelangenden Silber in den Jahren 1922—23 größere Mengen, im ganzen über 400 Kilo (heute einen Wert von 1300 Milliarden Papiermark darstellend). Der Bijouteriehändler Friedrich Ludwig Walther aus Pforzheim war der Hauptabnehmer des gestohlenen Silbers und trieb bewußt Hehlerei. Das Urteil lautete: Walz 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, ab 5 Monate Untersuchungshaft, Walther wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 1 Jahr Zuchthaus. Ein anderer Bijouteriehändler, der ebenfalls von dem Silber gekauft hatte und der Hehlerei verdächtig war, wurde freigesprochen.

Wolterdingen, 27. Sept. Es kann als feststehend angesehen werden, daß der große Brand in Wolterdingen, dem 25 Gebäude zum Opfer fielen, auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Ohne den bald nach Brandausbruch einsetzenden Sturm hätte das Feuer eine derartige Ausdehnung nicht annehmen können, da Hilfe alsbald erschien und genügend Wasser vorhanden war. Allem Anschein nach ist das Feuer in dem Sägewerk Strebel an zwei Stellen angelegt worden und hatte aus diesem Grunde das Sägewerk innerhalb weniger Minuten in ein Flammenmeer gehüllt. Die zweite Brandstätte im Dorf, die gegen 1000 Meter von der ersten entfernt liegt, war durch Flugfeuer entstanden. Wie in der Presse erinnert wird, war dies die dritte große Brandkatastrophe, die Wolterdingen heimgesucht hat; 1856 fiel fast das ganze Unterdorf einem Brand zum Opfer und 1901 wurde die Kirche, zwei Gasthäuser und mehrere große Gehöfte eingeäschert.

Vermischtes.

Für sein Deutschtum in den Tod gegangen. Der 62jährige Dr. Max Wichmann, seit 1900 Chefredakteur des „Landauer Anzeigers", der, bei der Besetzung der Pfalz wegen seiner treudeutschen Gesinnung auf der schwarzen Liste der Franzosen stehend, mit seiner Gattin, einer als Malerin ungewöhnlich begabten Künstlernatur, nach Heidelberg übersiedelte und hier durch den Verlust seiner Existenz und die Unmöglichkeit, sich eine neue zu schaffen, in bitterste Not geriet, hat sich zusammen mit seiner Frau in seiner Wohnung mit Leuchtgas vergiftet. Am Samstag hatte der Hausbesitzer eine Pfändung wegen rückständiger Miete vornehmen lassen. Auch hatte er gegen Dr. Wichmann eine Klage auf Wohnungsräumung angestrengt. Das gab dem in einer Notwohnung untergebrachten Ehepaar den Todesstoß.

In bitterer Not starb in Berchtesgaden die Freifrau Therese von Barth zu Harmating. Sie war früher als große Wohltäterin der Armen bekannt gewesen. Die alte Schwester des berühmten Malers Adolf von Menzel muß sich nach der N. Fr. Pr. in Berlin mit ihrem alten treuen Dienstboten mit die Wette als Putzfrau durchschlagen. Die alte Dame hatte einst aus dem Nachlaß ihres Bruders den Berliner öffentlichen Sammlungen Bilder im Werte von Milliarden geschenkt.

Ein aussterbendes Dorf. Durch die Unterminierungsarbeiten der dortigen Kohlengrube bekommen die Häuser des Dorfes Schnappach in der Pfalz Sprünge und müssen oft wegen Lebensgefahr geräumt werden. Die Bewohner siedeln sich gewöhnlich in benachbarten Ortschaften an, so daß die Einwohnerzahl von Schnappach gewaltig zurückgegangen ist.

Ueberfluß an Kartoffeln — im Saargebiet. Das Saargebiet hat zurzeit Ueberschuß an Kartoffeln, alle Großhändler haben volle Lager. Auf den Bahnhöfen in Saarbrücken und sonstwo werden täglich ganze Waggonladungen meistbietend versteigert, die nicht mehr hereingenommen werden können. Da dem Großhändler dadurch schwere Verluste entstehen, ist leicht begreiflich. Sehr oft sind ganze Waggonladungen, die aus dem Ausland, Italien, Holland usw. eintreffen, schon verdorben bei der Ankunft. So mußten in St. Ingbert große Mengen solcher Kartoffeln zu 8—10 Fr. zu Futterzwecken verkauft werden, während der reguläre Preis 25—50 Fr. betrug. Jetzt ist es so, daß die Lebensmittel, die allernotwendigsten, an einen Ort fehlen und am andern verderben.

Bestrafter Dieb. In Rothenbach (Oberschlesien) verletzte ein 22jähriger Bauarbeiter nachts einen elektrischen Apparat, einen Amperemeter, aus einem Arbeitsbetriebe zu stehlen. Dabei berührte er die 2000-Volt-Starkstromleitung und blieb mit der Hand am Apparat tot liegen.

Ein Geschenk der Holländer für ihre Königin. Am Tage ihres Regierungsjubiläums wurde der Königin Wilhelmina von Holland als Geschenk der Nation die mit Hilfe einer im ganzen Volke aufgebrachten Geldsammlung restaurierte „Neue Kirche" in Delft übergeben, in der auch die Grabdenkmäler der Fürsten aus dem Hause Oranien stehen. Auf die Begrüßungsansprache, die der Vorsitzende des Ausschusses an die Königin richtete, erwiderte diese mit einer Rede, worin sie auf ihre Regierungsjahre hinwies und das niederländische Volk aufforderte, an dem von ihnen begründeten Werk weiterzuarbeiten.

Unfall auf einem dänischen Kriegsschiffe. Der neue dänische Panzerkreuzer „Niels Jael" unternahm kürzlich eine Probefahrt nach der Kögebucht, wobei zum erstmal mit den 21 Zentimeter-Geschützen, den größten Kalibern der dänischen Marine, geschossen wurde. Da man vergessen hatte, vor dem Abschuß die Türen zu öffnen, wurden sämtliche Türen durch den Luftdruck zertrümmert. Der Panzerkreuzer mußte sofort zur Reparatur nach Kopenhagen zurückkehren.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 27. Sept. (Landesproduktenbörse.) Infolge des Rückgang der Devisen ist die Stimmung ruhiger geworden. Geschäfte kommen kaum zustande. Es notieren je 100 Kg.: Weizen 620—640 (am 24. Sept. 620—650), Sommergerste 530—550 (540—560), Roggen 530—550 (unv.), Hafer 500—520 (500—530), Weizenmehl 1100—1300 (1200—1400), Brotmehl 900—1050 (1000—1150), Kleie 250—275 (275—300), Wiesenheu 60—80 (unv.), Kleeheu 70—90 (unv.), Stroh 70—80 (unv.)

Stuttgart, 27. Sept. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 143 Ochsen, 59 Bullen, 320 Jungbullen, 424 Jungrinder, 365 Kühe, 349 Kälber, 289 Schweine, 86 Schafe, 1 Ziege. Unverkauft blieben 10 Ochsen, 5 Bullen, 40 Jungbullen, 70 Jungrinder und 75 Kälber. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Millionen Mark: Ochsen 1. 16—17 (letzter Markt: 18), 2. 11.5—14,5 (13—16), Bullen 1. 14—16 (17—18), 2. 10—13 (13—16), Jungrinder 1. 16—17 (18), 2. 13—15 (15—17), 3. 10—12 (12—14,5), Kühe 1. 14—16 (15—16), 2. 11—13 (12—14), 3. 7—10 (8—10,5), Kälber 1. 19,5—21 (21), 2. 17,5—18,5 (19—20), 3. 15—16 (17 bis 18,5), Schweine 1. 30—32 (34—35), 2. 28—29 (33—34), 3. 26—27 (28—32). Verlauf des Marktes langsam.

Weilderstadt, 27. Sept. Die Zufuhr bestand aus 80 Milchschweinen. Bezahlt wurde für erste Sorte 800—900 Mill., zweite Sorte 700 Mill., dritte Sorte 450—500 Mill. das Paar. Käufer waren zahlreich am Platze, es wurde wenig gehandelt.

Herrenberg, 27. Sept. Dem Viehmarkt waren zugetrieben: 3 Ochsen, 24 Kühe und Kalbinnen, 57 Stück Jungvieh, von Händlern waren 6 Stück zugeführt. Verkauft wurden 16 Rinder, 3 Milchkühe, 1 Schlachtkuh, 1 Kalbin, 1 Schlachtrind und 1 trächtige Kuh. Eine trächtige Kuh kostete 18 Milliarden, 1 Milchkuh 16 Milliarden, 1 Schlachtkuh 8 Milliarden, eine Kalbin 14 Milliarden, ein Jungrind oder Stier 3,5—7,2 Milliarden Mark. Der Verkauf ging schleppend, da wenig Käufer am Platze waren. — Dem Schweinemarkt waren 450 Milch- und 90 Läuferschweine zugeführt. Erlöst wurden für ein Paar Milchschweine 800 Millionen bis 2 Milliarden, für ein Paar Läufer 3—5 Milliarden. Bei sehr langsamem Verkauf wurden 50 Milchschweine und 45 Läufer abgesetzt.

Vom Geldmarkt.

Dollar in Berlin	141 244 000 G., 142 756 000 B.
Mittelkurs	142 000 000 (126 000 000)
Dollar in Frankfurt	159 600 000 G., 160 400 000 B.
Mittelkurs	160 000 000 (150 000 000)

1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs
33 809 523 (30 000 000) Papiermark

1 Goldmark nach Berliner Briefkurs
33 989 523 (30 075 000) Papiermark

New-Yorker Schlußkurs vom 27. 9.:
0,00000068 Dollar = 147 058 824 Mark

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

…geld vom 29. Sept. bis 2. Okt.	3189999900%
1 Goldzollmark = 31900000 Papiermark	
…kaufspreis ab 24. 9.	10000000fach
…handelsindex ab 25. 9.	36000000
…haltungsindex ab 24. 9.	28000000
…garter Teuerungszahl ab 24. 9.	23356102
…bankdiskont	90%
…bard mit Wertungsklausel	10%
…franken-Gegenwert ab 19. 9.	32000000

Für Württemberg soll ein besonderer Devisenkommissar … werden. — Die Südd. Festwertbank Stuttgart hat … Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schuldverschreibungen …halten. — Dem Reichstag ist eine Aenderungsvorlage zum …gesetz zugegangen. — Im Berliner Abenddevisenverkehr … der Dollar auf 185 Millionen an.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 27. Sept. Auf die Kleine Anfrage des Abg. Roßmann über den zu hohen Zuschlag für rückständige Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer hat das Württ. Finanzministerium eine abschlägige Antwort erteilt mit dem Hinzufügen, daß, wenn unbillige Härten entstanden sein sollten, der Gemeindebehörde anheimgestellt bleibe, den ihr verbleibenden Zuschlag ganz oder teilweise zu erlassen.

Stuttgart, 27. Sept. Die Abg. Küchle und Pollich (…) haben folgende Kleine Anfrage gestellt. Die staatliche Gebäudebrandversicherungsanstalt ist bei der heutigen Geldentwertung nicht in der Lage, einen Brandschaden so zu vergüten, daß der Versicherte, auch für den Fall, daß er von der Möglichkeit der Erhöhung der Versicherung Gebrauch gemacht hat, eine für den Wiederaufbau einigermaßen hinreichende Entschädigung erhält. Dies bedeutet eine unerträgliche Schädigung der dem staatlichen Versicherungszwang unterliegenden Gebäudebesitzer. Ist das Staatsministerium bereit, durch entsprechende Maßnahmen baldmöglichst eine Aenderung dieser unhaltbaren Zustände herbeizuführen? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

München, 27. Sept. Der Verband vaterländischer Vereine München richtete an den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling ein Schreiben, in dem er unter Hinweis auf die Terrorakte anläßlich der Kundgebungen beim Deutschen Tag in Nürnberg und auf die jüngsten Ueberfälle in München auf Mitglieder vaterländischer Verbände am vergangenen Sonntag betont, daß das Vertrauen der vaterländischen Verbände zum gegenwärtigen Innenminister erschüttert sei und daß dieser Posten mit einem Mann besetzt werden müsse, der das Vertrauen der vaterländischen Verbände genieße. Desgleichen herrsche in vaterländischen Kreisen tiefste Verstimmung gegen den gegenwärtigen Landwirtschaftsminister.

München, 27. Sept. General Ludendorff teilt den „Münchner Neuesten Nachrichten" unter Bezugnahme auf die Auslassungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz mit, daß er nicht im entferntesten daran denke, eine Revolution in Bayern zu machen. Alles, was ihm in der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz unterschoben werde, sei glatt erfunden und völlig grundlos.

Nürnberg, 27. Sept. Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Deutsche Verkehrsbund machen ihre Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie nur den Anordnungen der verfassungsmäßigen Reichsregierung Folge zu leisten haben. Alle diesbezüglichen Einwirkungen von Seiten des Bayerischen Verkehrsbeamtenvereins, also der mittleren und gehobenen Beamten, seien rücksichtslos zurückzuweisen.

Mainz, 27. Sept. Redakteur Hermann Waldästel von der hiesigen Agentur des Wolffschen Büros ist ausgewiesen worden.

Leipzig, 27. Sept. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte gegen den Schriftsteller Theodor Fritsch, den Herausgeber der Zeitschrift „Der Hammer" in Leipzig wegen öffentlicher Beschimpfung des Reichsministers Rathenau durch die Broschüre „Anti-Rathenau" und mehrere Artikel des „Hammer". Der Angeklagte wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Dresden, 27. Sept. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: In Annaberg kam es in der Nacht zum Montag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Arbeitern, die sich am Ausgang der Stadt und am Oelberg abspielten, wobei auch geschossen wurde. In dem sehr unübersichtlichen Gelände war ein Eingreifen der Polizei, die von der Waffe keinen Gebrauch machte, sehr erschwert. Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein. Bis jetzt sind ein Toter, fünf Schwer- und 20 Leichtverletzte festgestellt.

Berlin, 27. Sept. (Amtlich.) Nach längeren Nachforschungen wurde eine anfangs August 1914 von dem Kreuzergeschwader auf der Insel Ponape, dem früheren deutschen Kolonialbesitz in der Südsee, zurückgelassene Briefpost wieder aufgefunden und der deutschen Regierung zugestellt. Es steht daher zu erwarten, daß die Angehörigen der Besatzungen von den Schiffen des Kreuzergeschwaders nachträglich noch Briefe aus einer 9 Jahre zurückliegenden Zeit erhalten. Um Trugschlüssen vorzubeugen, werden die Briefe auf der Rückseite mit dem Vermerk „Post des Kreuzergeschwaders vom August 1914" versehen. Das Geschwader des Grafen von Spee vernichtete ein englisches Geschwader am 1. November 1914 bei Coronel und ist am 8. Dezember bei den Falklandsinseln im Kampf gegen starke Uebermacht untergegangen.

Berlin, 27. Sept. Wie die „B. Z." mitteilt, steht die bayerische Regierung in durchaus loyaler Verbindung mit dem Reichskabinett und weist jede separatistische Tendenz und Schritte entschieden zurück.

Berlin, 27. Sept. Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars betrug am 27. 9. 1923, 142,4 Millionen. — Eine durch die Leitung des Deutschen Beamtenbundes nach Berlin einberufene Funktionärversammlung gab dem einhelligen Willen der Beamtenschaft Ausdruck, die Reichsverfassung bis zum Aeußersten zu schützen. — In der Nacht zum Donnerstag ist es in Annaberg zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und der Arbeiterschaft gekommen, die insgesamt einen Toten, fünf Schwer- und zwanzig Leichtverletzte als Opfer gefordert haben. — Die oberschlesische Eisenbahnindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetriebe steht vor dem Abschluß von Verkaufsverhandlungen wegen ihrer beiden in Neupolen befindlichen Werke.

Paris, 27. Sept. Ministerpräsident Poincare wird am kommenden Montag der Eröffnungssitzung des Generalrats des Maasdepartements in Bar-le-Duc, dessen Vorsitzender er ist, beiwohnen. Es ist also eine politische Rede zu erwarten.

Paris, 27. Sept. Havas berichtet aus Konstantinopel, die Räumung der Stadt durch die alliierte Besatzungsarmee sei so weit vorangeschritten, daß fast alle Truppen die Stadt verlassen hätten. Am 1. Oktober ziehe das türkische Heer offiziell in Konstantinopel ein. Die Bevölkerung treffe Vorbereitungen, um es herzlich zu empfangen. Die Festungen der Dardanellen seien bereits vollkommen geräumt. Die alliierten Generäle würden am 2. Oktober, nachmittags, die Stadt verlassen.

London, 28. Sept. Auf einer hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der der Premierminister unter Hinweis auf den äußersten Ernst der Lage in Deutschland mit ihrer unvermeidlichen Wirkung auf den Zustand des Handels, sowie angesichts der in England sehr zunehmenden Arbeitslosigkeit aufgefordert wird, gemäß den vor der Vertagung des Unterhauses gemachten Zusicherungen den sofortigen Zusammentritt des Parlaments zu veranlassen.

Zur Sicherheit der Ruhe und Ordnung.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten in der gestrigen Nummer hat der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt im Wehrkreis 5 dem Generalleutnant Reinhardt für den Bereich dieses Wehrkreises übertragen. Der Wehrkreis 5 umfaßt von Preußen die Provinz Hessen-Nassau, den Regierungsbezirk Erfurt und Hohenzollern, ferner Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Waldeck.

Hierzu bestimme ich: 1. Sämtliche Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit. Der Gang der Verwaltung bleibt unverändert. 2. Von der Bevölkerung erwarte ich, daß sie den etwa erforderlich werdenden Anordnungen unbedingt Folge leistet; jeden Versuch, die öffentliche Ordnung und Ruhe zu stören, werde ich unterdrücken.

Der militärische Befehlshaber:
gez. Reinhardt, Generalleutnant.
Befehlshaber im Wehrkreis 5 und Kommandeur der 5. Division.

Ueberängstliche Franzosen.

Mannheim, 27. Sept. Die Polizeidirektion teilt mit: „Am 26. September 1923, abends 10.43 Uhr, wurden von den französischen Posten am Schloßeingang — Kriminalpolizei — auf das Haus A 3, 9 mehrere Schüsse abgegeben, wovon ein Gewehrschuß in das im vierten Stock gelegene Schlafzimmer einer 16jährigen Schülerin, welche zurzeit bei ihrem Großvater zu Besuch weilt, eindrang und an mehreren Stellen die Wand beschädigte. Die Veranlassung zu der Schießerei war folgende: Die 16jährige Schülerin wollte kurz nach 10 Uhr zu Bett gehen. Sie stellte sich vorher einige Zeit an das offene Fenster und spielte mit ihrem weißen Taschentuch, indem sie dieses im Kreise herumdrehte. Das Mädchen hat sich nach ihren eigenen Angaben hierbei nichts gedacht. Der französische Posten vermutete eine Signalisierung und gab zunächst zwei Revolverschüsse und gleich darauf einen Gewehrschuß ab. Ein französischer Vorgesetzter begab sich mit zwei Soldaten sofort nach dem fraglichen Haus, drohte mit der Beschlagnahme des Hauses und der Besetzung von ganz Mannheim und wollte das Mädchen abführen. Nach Richtigstellung des Sachverhalts durch eine im Hause wohnende französisch sprechende Frau wurde von der Festnahme des Mädchens abgesehen."

Hitler gegen Kahr.

München, 27. Sept. Die politische Lage in München hat insofern eine Verschärfung erfahren, als sich die Kampfverbände, soweit sie unter Hitler vereinigt sind, in Opposition gegen den Generalstaatskommissar Dr. von Kahr gestellt haben. Diese Opposition ist um so verwunderlicher, als erst vor acht Tagen im Zirkus Krone die vaterländischen Verbände mit den Kampfverbänden in Gegenwart des Herrn Dr. von Kahr eine Ehe eingegangen sind. Heute vormittag fanden sich beim Generalstaatskommissar Dr. von Kahr die verschiedenen Verbände und staatlichen Institutionen mit ihren Führern ein. Herr von Kahr eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß er vaterländisch und recht zu regieren gedenke. Aber er verlange, daß man sich seinen Verfügungen unterordne. An die versammelten Vertreter wurde die Frage gerichtet, ob sie unter diesen Voraussetzungen mit dem Generalstaatskommissar zusammenarbeiten wollen. Der Chef der bayerischen Reichswehr, General von Lossow, gab die Erklärung ab, daß die bayerische Reichswehr ganz in seiner Hand sei und den Befehlen des Generalstaatskommissars unbedingt und blind Folge leisten werde. Die Landespolizei schloß sich dieser Erklärung an, desgleichen der Vorsitzende der vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns, Professor Bauer, ferner die Vorsitzenden des Verbandes „Bayern und Reich" und des „Hermannsbund". Der Vertreter der vaterländischen Verbände erklärte, daß, da Herr von Kahr beabsichtige, gegen links zu regieren, sich auch die vereinigten vaterländischen Verbände Münchens hinter ihn stellten. Die Kampfverbände, also die National-Aktiven, beziehungsweise Nationalsozialisten, waren nur durch den Abgesandten des deutschen Kampfbundes vertreten, der sich seine Stellung vorbehielt.

Hitler hat zwei Schreiben an von Kahr gerichtet. Im ersten erklärt er schärfsten Protest gegen das Verbot der für abends angesagten vierzehn Massenversammlungen der Nationalsozialisten, im zweiten spricht er im Namen des deutschen Kampfbundes und erklärt, daß der Kampfbund sich auf die Nürnberger Kundgebung vom ersten und zweiten September stütze und daß die Haltung des Kampfbundes zu Kahr davon abhänge, wie dieser sich zu der Nürnberger Kundgebung stelle. Das zweite Schreiben schließt: „Wir stellen fest, daß die Ernennung des Generalstaatskommissars ohne vorherige Fühlungnahme mit dem deutschen Kampfbund erfolgt ist." Das Organ der Nationalsozialisten, der „Völkische Beobachter", nimmt ziemlich scharfe Kampfstellung gegen den Generalstaatskommissar ein, nennt das Verbot der vierzehn Massenversammlungen „des Diktators erste Tat" und befaßt sich in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Der bayerische Cuno" in ziemlich abrechnender Weise mit Kahr. Der Artikel schließt: „Die nächsten Tage werden zeigen, nach welcher Richtung Herr von Kahr zu arbeiten gedenkt. Als erste Leistung verzeichnen wir zunächst das Verbot von vierzehn Massenversammlungen der nationalsozialistischen Partei, welche Herr von Kahr scheinbar nicht unter die Parteien rechnet, welche deutschen Stammes und bereit sind, für das Vaterland einzutreten. Damit hat sich natürlich Herr von Kahr in Gegensatz zum gesamten deutschen Kampfbund gestellt. Bayern weiß also, wohin die Reise geht."

Aus der ganzen Haltung der Nationalsozialisten und ihren Darlegungen in ihrem Organ geht also hervor, daß sie einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und dem Generalstaatskommissar gezogen haben. In der Stadt selbst ist der ganze Tag ruhig verlaufen. Gegen Abend aber zogen die Nationalsozialisten und ihre Anhänger und vielleicht auch noch mehr Neugierige zu allen jenen Lokalen, in denen die vierzehn Versammlungen angekündigt waren. Die Reichswehr kam jedoch in Automobilen vor die einzelnen Lokale und schwärmte sofort aus. Landespolizei und Reichswehr besetzten, soweit wir uns unterrichten konnten, die einzelnen Säle, so daß die Versammlungen nicht stattfinden konnten. Um zehn Uhr abends war in München alles ruhig. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in der Tat die Nationalsozialisten es zu einem Waffenzusammenstoß treiben werden, nachdem Reichswehr und Landespolizei, erstere ab morgen verstärkt durch Reichswehrabteilungen aus Kempten und Lindau, sowie die oben gekennzeichneten vaterländischen Verbände geschlossen hinter der Regierung stehen. Die Führer der bürgerlichen Fraktionen im Landtag sind ebenfalls in München, so daß sie ständig von dem Gang der Dinge unterrichtet sind.

Verbot der Hitler-Versammlungen.

München, 27. Sept. Der neuernannte Generalstaatskommissar für Bayern, Dr. von Kahr, hat die für heute abend angesagten 14 großen Versammlungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei verboten.

München, 27. Sept. Nach Erlaß des Verbots der für heute abend geplanten 14 Hitlerversammlungen begaben sich der Vorstand der Kampfverbände, sowie ein Vertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Generalstaatskommissar v. Kahr, um das Verbot rückgängig zu machen. Ihre Bemühungen blieben erfolglos. — Nach einer weiteren Anordnung des Generalstaatskommissars sind alle politischen Versammlungen, sowie Versammlungen unter freiem Himmel, verboten.

München, 27. Sept. Bei den heute vormittag unter Vorsitz des Generalstaatskommissars v. Kahr stattgehabten Besprechungen, an denen auch der Landeskommandant, General v. Lossow, sowie Oberst Seysser von der Landespolizei teilnahmen, ergab sich erneut die Gewißheit, daß für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Bayern die Reichswehr und die Landespolizei unbedingt verläßlich sind und dem Generalstaatskommissar zur Verfügung stehen. In diesem Sinne sprachen sich auch die anwesenden Führer der vaterländischen Verbände ohne Vorbehalt aus mit einziger Ausnahme des Kampfbundes, der sich seine Stellungnahme vorbehielt.

München, 28. Sept. Bei einem Empfang der Vertretung des Bayerischen Beamtenbundes versicherte Ministerpräsident von Knilling, daß alles geschehe, um die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen zurückzuführen und die Gefangenen zu befreien. Die Vertretung versicherte ihrerseits, daß sie die Regierung in ihren vaterländischen Aufgaben unterstützen würde.

München, 28. Sept. Generalstaatskommissar von Kahr beriet gestern nachmittag mit den anerkannten Vertretern der bayerischen Wirtschaft, sowie den Verwaltungs- und Verkehrsbehörden, um Maßnahmen zur Abstellung von Mißständen vorzubereiten und der Not entgegenzuwirken. Die Vertreter stellten sämtlich dem Generalstaatskommissar ihre Mitwirkung zur Verfügung.

Kommunistenhetze an der Ruhr.

Essen, 27. Sept. In allen Städten des Ruhrgebiets wurden heute Flugblätter der kommunistischen Partei verteilt, in denen zu Demonstrationen und einem 24stündigen Proteststreik aufgefordert wird. Die Flugblätter fordern eine Arbeiter- und Bauernregierung und ein freies, ungeteiltes Arbeiter-Deutschland. In Essen agitierten kommunistische Redner vor Tausenden von Arbeitern gegen die Aufgabe des passiven Widerstandes. In Buer wurden die Geschäftsläden im Stadtteil Kassel gezwungen, zu schließen. In Befolgung des Aufrufs trat etwa ein Drittel der gesamten Berg- und Hüttenarbeiterschaft im Bezirk Gelsenkirchen und Umgegend in den Streik. Eingefahrene Bergleute wurden mit Gewalt aus der Grube geholt. Gegen 10 Uhr fand eine öffentliche Kundgebung statt. An dem darauffolgenden Umzug nahmen schätzungsweise 20000 Arbeiter teil. Es besteht kein Zweifel, daß heute nachmittag der Streik ein allgemeiner ist. Bis mittags 12 Uhr verlief noch alles ruhig. Die Franzosen, die seit der Nacht alarmbereit stehen, haben nicht eingegriffen. Die deutsche Polizei brauchte ebenfalls bisher nicht in Tätigkeit zu treten.

Keine Entscheidung in Thüringen.

Weimar, 28. Sept. Wie die Zeitung „Deutschland" mitteilt, wurde die gestrige Sitzung des thüringischen Landtages auf unbestimmte Zeit verschoben. Es soll eine Einigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten über die Bildung einer neuen Landesregierung erfolgt sein. Die Kommunisten wollen zwar nicht in die Regierung eintreten, aber eine gewisse wohlwollende Neutralität wahren, wenn die neue Regierung einen radikaleren Einschlag erhält, als die bisherige. Die Kommunisten haben ihre Entscheidung von den Beratungen des sofort einzuberufenden Landesparteitages abhängig gemacht und gleichzeitig den Sozialdemokraten 5 Fragen vorgelegt, unter denen die über Maßnahmen gegen eine eventuelle Bedrohung Thüringens von Bayern aus, über das Programm für einen gemeinsamen Selbstschutz gegen die faszistische Gefahr und über ein Vorgehen gegen den Reichswehrminister an erster Stelle stehen. Die Sozialdemokraten haben geantwortet, daß für sie zuerst die Frage der Regierungbildung erledigt werden müsse. Dann erst könne zu den kommunistischen Fragen Stellung genommen werden.

Neue Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife.

Berlin, 27. Sept. Die Schlüsselzahl für den Eisenbahngütertarif bleibt einstweilen unverändert. Die Schlüsselzahl für den Personen- und Gepäcktarif wird vom Dienstag, 2. Oktober ab auf 30 Millionen, d. h. um 50 Prozent, erhöht. In der viertägigen Gültigkeit der vorher gelösten Fahrkarten tritt keine Aenderung ein.

Neue Billionenkredite.

Berlin, 27. Sept. Dem Reichstag wurde heute der vierte Nachtrag zum Reichshaushalt für 1923 vorgelegt, der den Finanzminister ermächtigt, für außerordentliche Ausgaben 12416 Billionen Mark sofort im Wege der Anleihe flüssig zu machen. Zur vorübergehenden Verstärkung der erheblichen Betriebsmittel können weitere 20000 Billionen in Schatzanweisungen ausgegeben werden. Endlich können 3000 Billionen zur Anschaffung des Getreides für die Reichsgetreidestelle durch Reichsschatzanweisungen aufgebracht werden. Sie sind aus den Erlösen beim Verkauf des Getreides abzudecken. Von der Anleihe ist der größte Teil, nämlich 6000 Billionen, zur Deckung von Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages bestimmt.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Mehrbedarf wird namentlich bedingt durch die infolge der Markentwertung erhöhten Besatzungskosten, die Ausführung der Sachlieferungen, die Weiterlieferung von Kohlen an Italien, die Bezahlung der englischen Sanktionsabgaben, die Entschädigungen für die von den Einbruchsmächten im Rhein- und Ruhrgebiet zwangsweise weggenommenen oder beschlagnahmten Güter, insbesondere die Durchführung der Kriegsschädengesetze und die stark erhöhten Besatzungszulagen. Fast 2000 Billionen sind zum Ausgleich von Mehraufwendungen bei den außerordentlichen Ausgaben für Besoldungs- und Lohnerhöhungen, sowie von Preissteigerungen und Erhöhung von Tarifen bestimmt. Obwohl auf allen Gebieten weitgehendste Einschränkung eingetreten und neue Maßnahmen nicht zugelassen sind, müssen die Mittel zur Fortführung der Unternehmen erheblich verstärkt werden, damit diese nicht zum Schaden des Reiches unterbrochen werden müssen. Die Mittel zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhr- und Rheinlandgebiet entstehenden Schäden sollen aus der Anleihe um 1930 Billionen vermehrt werden, und 2495 Billionen sollen als Darlehen an notleidende Länder gegeben werden zur Fortführung der Verwaltungen und wirtschaftlichen Unternehmungen der Länder und Gemeinden und sonstigen öffentlichen Anstalten.

General Horn Befehlshaber für Berlin.

Berlin, 27. Sept. Für Berlin ist die vollziehende Gewalt dem Befehlshaber des Wehrkreises 3, General von Horn, übertragen worden, als Kommissar ist ihm beigegeben Polizeipräsident Richter. Ueber die zu treffenden Maßnahmen werden augenblicklich zwischen diesen beiden Stellen Besprechungen gepflogen. Truppenverschiebungen haben bisher nicht stattgefunden und sind zurzeit auch nicht beabsichtigt. Die Meldung, daß die Schutzpolizei dem Reichswehrkommando unterstellt worden sei, ist in dieser Form unzutreffend, da zurzeit noch gar keine Ausführungsbestimmungen vorliegen, die das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilbehörden regeln.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Sept. Der Reichstag, der heute nachmittag wieder zusammentrat, wurde um 5 Uhr vom Präsidenten Loebe mit einem Hinweis auf die außerordentlich schwierigen Zeitumstände eröffnet, dem er den Wunsch anschloß, daß die Reichsregierung, gestützt auf das Parlament, stark genug sein möge, um alle Anstürme gegen die einige deutsche Republik zurückzuweisen. Es entspann sich zunächst eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der die deutschvölkischen, die deutschnationalen und die kommunistischen Abgeordneten verlangten, daß der Reichskanzler vor dem Reichstag Erklärungen abgebe und in eine politische Aussprache eingetreten werde und die Kommunisten außerdem, daß die Notverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung aufgehoben werden. Auch die übrigen Parteien erkannten zwar die Notwendigkeit einer baldigen Aussprache an, hielten es jedoch für angebracht, der Regierung zunächst noch einige Tage Zeit zum Handeln zu lassen, wobei betont wurde, daß nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses die Aussprache am Dienstag stattfinden solle. Die Anträge auf sofortigen Eintritt in die politische Aussprache wurden darum gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt, ebenso die kommunistischen Anträge auf Aussprache über die Notverordnungen gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschvölkischen. Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten ergab die Abstimmung Annahme der Vorlage mit mehr als zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einzelner Kommunisten. Im gleichen Stimmverhältnis wurden die Ausschußentschließungen über halbmonatliche Zahlung der Teuerungszuschläge an die Beamten und über die gleiche Behandlung der Ruhegehaltsempfänger angenommen. Dann fand der Nachtrag zum Haushaltsetat in allen drei Lesungen Annahme, der die Ausgabe von weiteren 10 Billionen Mark Schatzanweisungen vorsieht. Auch das Postscheckgesetz betreffend die Abrundung aller Summen auf volle 1000 Mark wurde endgültig angenommen und das Gesetz über die Aenderung des Paßwesens dem Rechtsausschuß überwiesen. Für die morgen nachmittag 4 Uhr beginnende Sitzung stehen die Aenderung des Bankgesetzes und kommunistische und deutschnationale Anträge über die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung auf der Tagesordnung.

Ein Aufruf des „Vorwärts".

Berlin, 28. Sept. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an die Parteimitglieder, in dem es heißt, daß alle, die zum Staat und zum Volk halten, jetzt alle Kräfte sammeln müßten, um der Regierung zu helfen, die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Zerfall zu bewahren. Die Parteileitung werde in ständiger Fühlung mit der Reichsregierung und mit den Organisationen bleiben, die bereit seien, die Republik zu schützen. Jede Sonderaktion müsse unbedingt unterbleiben. Die Arbeiterklasse werde die deutsche Republik zu verteidigen wissen, sobald der Ruf der Partei an sie ergehe. — Eine Entschließung der Landesinstanzen und der Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei Sachsens tritt für die Einheit des Reiches und für die Erhaltung der Republik ein. Die sächsische Regierung biete Gewähr dafür, daß die Republik erhalten und Ruhe und Ordnung gewährleistet würden.

Sämtliche Verordnungen gegen den Ruhreinbruch aufgehoben.

Berlin, 28. Sept. In einer Sonderausgabe des Reichsgesetzblattes erschien gestern eine Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, wodurch die aus Anlaß des Ruhreinbruchs erlassenen Verordnungen mit Wirkung vom 26. September ab aufgehoben werden. Laut „Vorwärts" teilte gestern der Reichskanzler den Botschaftern der Ententeregierungen den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell mit. In parlamentarischen Kreisen der Wiedervereinigung herrsche die Ansicht vor, daß die schnelle Besetzung der Botschafterposten in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und die Regelung der Reparationsfrage notwendig sei. Die „Deutscher Allgemeiner Zeitung" hat die Zentrumsfraktion des Reichstags einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die in Betracht kommenden Ressorts anzuweisen, zur Wiederbelebung der industriellen und der gewerblichen Tätigkeit am Rhein und im Ruhrgebiet mit möglichster Beschleunigung öffentliche Aufträge bereitzuhalten und zu deren Durchführung weitgehende Material- und Lohnzuschüsse zu gewähren.

Französische Vorbereitungen für die Rheinrepublik.

Brüssel, 25. Sept. Der aus Paris inspirierte „Nouveau Belge" wird mitgeteilt, daß am 21. ein großer Kabinettsrat stattfand, dem der Marschall Foch, Tirard und General Mangin beiwohnten. Besprochen wurden die militärpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die im Falle einer Losmachung der Rheinprovinzen vom Reiche dringend erforderlich sein würden. Man erörterte sowohl die Umgruppierung der Besatzungstruppen, als auch die Einführung einer neuen Währung, Lebensmittelversorgung, Oeffnung der Westgrenze. Marschall Foch hielt einen Vortrag über die militärischen „Schutzmaßnahmen" an der Ostgrenze des vom Reiche losgelösten Rheinlandes, sprach für eine scharfe militärische Abgrenzung ein und wird versucht, sich hierüber in dem nächsten, für folgenden Donnerstag angesetzten Kabinettsrate eingehend zu äußern.

Englische Unklarheit und Besorgnis über die Lage in Deutschland.

London, 28. Sept. Die ernste Entwickelung in Deutschland bildet das Hauptthema der gesamten gestrigen Abendpresse. Ueber die Bedeutung der Maßnahmen für Bayern und das Reich scheint eine beträchtliche Unklarheit zu herrschen. Ein Teil der Presse gibt der Ansicht Ausdruck, die Ausstattung Geßlers mit außerordentlichen Vollmachten für Deutschland sei gegen die bayerische revolutionäre Bewegung gerichtet. Von anderer Seite wird zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung Geßlers den Zweck verfolge, die Bewegung Hitlers niederzuhalten, die von manchen Blättern als Monarchist und von anderen als Kommunist dargestellt wird. In offiziellen Kreisen wird weiterhin die Entwicklung der Dinge mit Besorgnis verfolgt.

Abgeblitzt.

London, 28. Sept. Reuter meldet aus Moskau, es verlaute dort von unterrichteter Seite, die deutschen Kommunisten hätten sich bei der Moskauer Partei um Unterstützung für die kommunistische Bewegung in Deutschland bemüht, die, wie erklärt hätten, entscheidende Ergebnisse haben werde. Sie hätten die Antwort erhalten, da der friedliche Wiederaufbau Hauptziel der Moskauer Kommunisten sei, könne eine Unterstützung nicht in Frage kommen.

Erwerbslosenfürsorge.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit gibt Veranlassung, die **Gemeindebehörden** auf die Notwendigkeit der Einrichtung von **Notstandsarbeiten** hinzuweisen. Bei der Gewährung von Erwerbslosenunterstützung, worunter auch Kurzarbeiterunterstützung verstanden wird, sind die ergangenen Anordnungen genau zu beachten. Erwerbslose **unter 16 Jahren** sollen von der Fürsorge ausgeschlossen sein, ebenso weibliche Personen, die Arbeit in der Hauswirtschaft finden können. Verdienst aus Gelegenheitsarbeit ist gemäß § 12 der V.-O. vom 1. November 1921 (Reg.-Bl. S. 1337) anzurechnen.

Die vom Bezirksrat am 24. November 1919 erlassenen Meldevorschriften, die sich auch auf Kurzarbeiter beziehen, müssen streng eingehalten werden.

Die **Arbeitgeber** werden ersucht, bei Auszahlung von Kurzarbeiterunterstützungen sofort der Wohnortgemeinde die Namen der Empfänger mitzuteilen. Die Unterstützungssätze sind bei den Gemeindebehörden zu erfahren.

Neuenbürg, den 26. September 1923. **Oberamt:** Wagner.

Viehzählung am 1. Oktober 1923.

Die Gemeindebehörden werden auf die Verfügung des Ernährungsministeriums vom 21. September 1923 über die Vornahme einer Viehzählung (Staatsanz. Nr. 222) aufmerksam gemacht mit dem Anfügen, daß die Ortsliste von dem Ortsvorsteher unter Beachtung der ihr aufgedruckten Bestimmungen abzuschließen und bis **spätestens 8. Oktober 1923** an das Oberamt einzusenden ist. Die Vordrucke werden den Gemeinden heute zugesandt.

Die Zählung erstreckt sich auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen.

Gleichzeitig sind für die Bezirksfarrenschaubehörde die **Zahl und Rasse** der in den einzelnen Gemeinden vorhandenen **Kühe** und sprungfähigen **Kalbinnen** (je getrennt), sowie der Bestand an sprungfähigen und zur Zucht verwendeten **weiblichen Schweinen und Ziegen** zu ermitteln und dem Oberamt zu berichten.

Der Ortsliste ist eine gedrängte Darstellung über die Ursache der in den einzelnen Viehgattungen eingetretenen Verschiebungen beizufügen.

Neuenbürg, den 27. Sept. 1923. **Oberamt:** Wagner.

Gebühren der Kaminfeger.

Mit Wirkung **vom 24. September 1923 ab** sind die Kaminfegergebühren weiter erhöht worden (vgl. „Staatsanzeiger Nr. 225). Die hauptsächlichsten Sätze betragen nun **neben** Anrechnung der Umsatzsteuer:

zu Ziffer 1 der Bekanntmachung im „Enztäler" Nr. 217 vom 17. ds. Mts. . . . . 5920000 ℳ
zu Ziffer 2—4 a. a. O. . . . . je 1480000 ℳ

Neuenbürg, den 27. September 1923.

Oberamt: Wagner.

Formulare liefert rasch und billig die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Bekanntmachung.
Arbeitgeber-Abgabe.

Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 14. September 1923 ist § 3 der Durchführungsbestimmungen vom 23. August 1923 zum Betriebssteuergesetz vom 11. August 1923 dahin abgeändert worden, daß die jeweils fällige Arbeitgeberabgabe nicht erhoben wird, wenn sie das 200fache des Betrags nicht übersteigt, der am 10. Tage vor dem Fälligkeitstage für die Beförderung eines Briefs bis zu 20 Gr. im Inlandsverkehr jeweils zu entrichten ist. Diese Bestimmung findet erstmals Anwendung auf die am 25. September 1923 fällige Abgabe.

Neuenbürg, den 27. September 1923.

Finanzamt.

Geschäfts-Eröffnung.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von **Calmbach und Umgebung** bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich im Hause des

Herrn Karl Eitel, Höfenerstraße in Calmbach

eine **Verkaufsstelle** eingerichtet habe.

Ich empfehle mein Lager in

Ia. Weiß- und Brotmehl, Weizengries und verschiedene Futterartikel.

Der Verkauf beginnt am **Samstag, 29. September,** und wird vorläufig auf die Tage **Mittwoch** und **Samstag** beschränkt.

Hochachtungsvoll!

Georg Faißt,
Kunstmühle und Landesproduktengroßhandlung,
Mühlacker.

Korrespondenz-Unterricht
sucht abends junger Mann gegen gute Bezahlung.
Angebote unter F. K. 100 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

Tüchtiges
Mädchen,
nicht unter 20 Jahren, mit guten Empfehlungen gesucht. Vorzustellen von 2—4 Uhr.
Villa Daheim, Wildbad.

Metzger-Innung.

Neuer Fleischpreis ab Freitag, 28. Sept. 1923

Ochsen- u. Rindfleisch per Pfund			**36 Mk.**
Kuhfleisch	„	„	**24—30** „
Kalbfleisch	„	„	**42** „
Schweinefleisch	„	„	**54** „

Oberniebelsbach, den 27. Sept. 1923.

Einladung.

Musik- und Sangesfreunde sind zu dem

am 30. September im Festsaale des Schulhauses in Gräfenhausen

stattfindenden

Konzert

freundlichst eingeladen.

Männer-Gesangverein „Eintracht" Niebelsbach.

Dennach—Loffenau.

Hochzeits-Einadung

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 30. Sept. 1923

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch"

freundlichst einzuladen, mit der Bitte dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Ochner,
Sohn des Friedrich Ochner,
Anna Seeger,
Tochter des Jakob Seeger in Loffenau.
Kirchgang 11 Uhr in Dennach.

Einen Posten Ia. Rindleder-Schuhe
(Größe 31—46)
verkauft sehr billig
Gottfried Hummel, Dobel.